

Finanzielle Lage der Pflegeversicherung: Diagnose 2024/25 und Ausblick bis 2030

Dramatische Finanzsituation 2024: Defizite trotz Beitragserhöhungen

Die **gesetzliche Pflegeversicherung (SPV)** befindet sich aktuell in einer angespannten finanziellen Lage. Trotz mehrfacher Beitragserhöhungen schreibt die SPV **rote Zahlen**. Im Jahr 2024 verbuchte sie ein Defizit von **1,54 Mrd. €** ¹. Damit wurden die letzten Rücklagen nahezu aufgebraucht: Der zentrale **Pflege-Ausgleichsfonds** schrumpfte von 1,8 Mrd. € Anfang 2024 auf rund **1,0 Mrd. €** bis Jahresende ². Schon eine Pflegekasse musste 2024 eine Liquiditätshilfe beantragen, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können ³. Für 2025 wird ohne Gegenmaßnahmen ein weiteres Minus von etwa **1,65 Mrd. €** erwartet ¹. Andreas Storm, Chef der Krankenkasse DAK, warnt eindringlich: Es sei „Gefahr in Verzug“ – ohne rasche Stabilisierung gerate „das System in eine **existenzielle Finanzkrise**“ ⁴.

Diese Entwicklung ist bemerkenswert, da der Gesetzgeber erst kürzlich die Einnahmenseite gestärkt hat. **Zum 1. Juli 2023** wurde der Beitragssatz deutlich angehoben: Für Kinderlose von **3,4 % auf 4,0 %**, für Eltern mit einem Kind von **3,05 % auf 3,40 %** ⁵. Außerdem werden Eltern mit mehreren Kindern nun in der Erziehungsphase je weiterem Kind schrittweise entlastet (bis zu 2,4 % bei fünf Kindern) ⁶. Dennoch reichten diese Mehreinnahmen nicht aus, um die Ausgabenzuwächse zu decken. **Zum Jahreswechsel 2024/25** musste die Beitragslast erneut steigen – der **allgemeine Beitragssatz kletterte auf 3,6 %** (für Kinderlose entsprechend auf 4,2 %) ⁷ ⁸. Laut Bundesgesundheitsministerium bringt diese Erhöhung rund 3,7 Mrd. € zusätzlich pro Jahr ein ⁹. Doch schon jetzt zeichnen Berechnungen ab, dass **Anfang 2026** abermals ein Aufschlag von ca. **0,3 Prozentpunkten** nötig wäre, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen ¹⁰. Die permanenten Beitragsschritte verdeutlichen, wie stark der finanzielle Druck im System gestiegen ist.

Einnahmen, Ausgaben und strukturelle Schieflagen

Die **Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben** der Pflegeversicherung hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich geöffnet. Während die **Ausgaben** seit 2000 jährlich um durchschnittlich **5,7 %** zunahmen, stiegen die **Einnahmen** nur um etwa **2 %** pro Jahr ¹¹. Allein 2023 lagen die Ausgaben der sozialen Pflegekassen bei rund **59,2 Mrd. €**, womit sie die Einnahmen (ca. 61,0 Mrd. €) knapp überstiegen ¹². Der scheinbare Überschuss 2023 resultierte jedoch nur aus **Sondereffekten** – insbesondere einem Bundesdarlehen von 1 Mrd. €, das die Kassen in Anspruch nahmen ¹³. Bereinigt um solche Einmaleffekte operiert die SPV bereits seit Jahren im Minus. Die finanzielle **Deckungsreserve**, ursprünglich bemessen auf mindestens eine Monatsausgabe, wurde mehrfach abgesenkt (2018 auf 0,5 Monate, 2021 auf 0,7) ¹⁴, zuletzt sogar auf **0,4 Monatsausgaben** ¹⁵, um Liquidität freizusetzen. Diese Notfallmaßnahmen verdecken jedoch nur kurzfristig die strukturellen Probleme.

Strukturell krankt die Pflegeversicherung daran, dass sie als **reines Umlagesystem** konzipiert ist. Beiträge der aktiven Generation werden sofort für Leistungen an die Pflegebedürftigen ausgegeben – eine Vorsorge in kapitalgedeckten Fonds findet (bis auf einen kleinen Pflegevorsorgefonds) kaum statt.

Dieses **Umlageverfahren** ist **nicht auf den demografischen Wandel vorbereitet**, wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium betont ¹⁶. Schon heute sei die SPV weder nachhaltig noch generationengerecht finanziert ¹⁶. Denn während in der älter werdenden Gesellschaft immer mehr Menschen pflegebedürftig werden und die Pflegekosten pro Person steigen, schrumpft die Zahl der Beitragszahler. Dieser **demografische Lastenwechsel** bringt die Umlage an ihre Grenzen: Jüngere Generationen sehen sich in Zukunft mit immensen Beitragslasten konfrontiert ¹⁷. Die beitragspflichtige Erwerbsbevölkerung nimmt ab, während gleichzeitig eine lange Lebenserwartung bedeutet, dass mehr Menschen hohe Pflegeleistungen über viele Jahre benötigen. **Offizielle Statistiken** untermauern diesen Trend: Ende 2023 bezogen bereits **5,24 Millionen Menschen** Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung (plus weitere ~0,34 Mio. in der privaten Pflegepflichtversicherung) ¹⁸. Diese Zahl ist in nur fünf Jahren drastisch gewachsen (2018 lag sie noch bei rund 3,7 Mio.) und wird weiter steigen. Bis 2025 prognostiziert das Wissenschaftliche Institut der PKV einen Anstieg auf **5,48 Mio. Pflegebedürftige**, bis 2030 auf **rund 5,75 Mio.** ¹⁹. Zum Vergleich: 2014 war – vor Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs – noch von etwa 3,3–3,4 Mio. Pflegefällen im Jahr 2030 ausgegangen worden ²⁰. Diese früheren Prognosen sind bereits jetzt von der Realität überholt.

Die **demografische Alterung** manifestiert sich besonders in der Gruppe der Hochbetagten. Nach moderater Schätzung des Statistischen Bundesamts wird allein durch die Alterung der Babyboomer-Kohorten die Zahl der Pflegebedürftigen von 5,0 Mio. (2021) auf **über 5,6 Mio.** im Jahr **2035** steigen ²¹. Unter Berücksichtigung erhöhter Pflegewahrscheinlichkeiten (etwa durch erweiterte Pflegegrade) könnten es sogar rund 6,3 Mio. in 2035 sein ²². Zwar fallen die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er/60er bis 2030 erst in die jüngeren Rentenjahre; dennoch zeichnet sich bereits jetzt eine **Verschiebung der Generationenverhältnisse** ab. Immer weniger Beitragszahler finanzieren immer mehr Leistungsempfänger. **Schon 2040** könnten rein rechnerisch nur noch zwei Erwerbstätige einen über 80-jährigen finanzieren, während es im Jahr 2000 noch vier waren (Modellrechnung). Der Wissenschaftliche Beirat warnt, dass die jungen Erwerbstätigen des Jahres 2040 kaum bereit sein werden, „einen so großen Anteil ihres Arbeitseinkommens abzutreten“, der überwiegend der Versorgung einer älteren Generation dient, **„die es versäumt hat, selbst für das Alter vorzusorgen“** ²³. Diese ungewöhnlich scharfe Formulierung unterstreicht den **generationellen Konflikt**, der im heutigen Finanzierungssystem angelegt ist.

Kostenexplosion durch Inflation und Leistungsausweitungen

Neben der Alterung treiben **inflationsbedingte Kostensteigerungen** und politisch beschlossene **Leistungsausweitungen** die Ausgaben der Pflegeversicherung in die Höhe. In den letzten zwei Jahren schlugen insbesondere **Preissteigerungen in der Pflegebranche** zu Buche. Die Löhne für Pflegekräfte wurden **deutlich angehoben**, um den Personalmangel zu bekämpfen und den Beruf attraktiver zu machen. Seit September 2022 gilt in allen Pflegeeinrichtungen eine **Tariftreuepflicht**, wonach Pflegepersonal mindestens nach Tarif bezahlt werden muss. Diese Mehrkosten werden eins zu eins in den Pflegesätzen der Heime weitergegeben ²⁴. Die Folge: Bereits zum 1. September 2022 stiegen die Entgelte in Pflegeheimen regional sprunghaft – in Berlin z.B. um durchschnittlich **20 %** ²⁵. Bundesweit erhöhte sich dadurch die **Eigenbeteiligung der Pflegeheimbewohner** binnen eines Jahres dramatisch. Zum Juli 2023 lag der monatliche Eigenanteil für Heimbewohner im ersten Jahr bei durchschnittlich **2.548 €**, ein Anstieg um **348 €** gegenüber 2022 ²⁶. Auch langfristig Pflegebedürftige im Heim zahlten mehrere hundert Euro mehr pro Monat als im Vorjahr ²⁶ – trotz der gestaffelten Zuschüsse, welche die Pflegekassen seit 2022 eigentlich zur Entlastung der Heimbewohner gewähren. Die **Inflation bei Energie und Lebensmitteln** sowie neue Personalvorgaben (Stichwort **Personalbemessung**) verstärken den Kostendruck zusätzlich ²⁷. Zwar wurden zum 1.1.2024 durch das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz die Leistungszuschläge erneut leicht erhöht, doch dämpft dies den Trend nur

vorübergehend ²⁸. Das Grundproblem bleibt: **Pflege wird immer teurer**, weil eine bessere Qualität und Bezahlung unumgänglich sind.

Parallel dazu haben in den vergangenen Jahren mehrere **Leistungsausweitungen** das Ausgabenniveau dauerhaft angehoben. Zu nennen sind insbesondere die **Pflegestärkungsgesetze I und II** (2015 bzw. 2017). Sie verbesserten Leistungen und führten den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ein – ein sozialpolitischer Meilenstein, der aber teuer war. Im **Einführungsjahr 2017** schnellten die Ausgaben der Pflegekassen um **22,9 %** gegenüber dem Vorjahr hoch (2015 bereits +13,4 %) ²⁹. Auch in den Folgejahren blieben die Kosten auf höherem Niveau, da mehr Personen (etwa mit leichter Demenz) Anspruch auf Leistungen erhielten. Zuletzt hat auch die Begrenzung des **Eigenanteils in Pflegeheimen** (§43c SGB XI, seit 2022) die Kassen stark belastet. Die Regierung hatte dafür ursprünglich Mehrausgaben von 2,75 Mrd. € (für 2022) veranschlagt; tatsächlich lagen die Kosten bei ca. 3,6 Mrd. € ³⁰. Für 2024 rechnet man mit **5,4 Mrd. €** allein für diese Entlastungszuschläge ³¹. Die Politik hat also Leistungen ausgeweitet, ohne die Finanzierung auf ebenso solide Füße zu stellen – ein **Balanceakt**, der nun in wachsenden Finanzlücken resultiert.

Angesichts dieser Gemengelage aus **mehr Leistungsberechtigten, höheren Ansprüchen** und **steigenden Preisen** lebt die soziale Pflegeversicherung, so formuliert es WIP-Direktor Frank Wild, faktisch **„seit Jahren über ihre Verhältnisse“** ³². Ohne Kurswechsel droht eine regelrechte **Kostenexplosion**. Jeder weitere Ausbau von Leistungen im umlagefinanzierten System würde die Beitrags- und Steuerzahler „rücksichtslos“ überfordern ³³, warnt auch der PKV-Verband. Die aktuelle Regierung zeigt sich derweil alarmiert. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat angekündigt, die Finanzprobleme der Pflegeversicherung kurzfristig anzugehen ³⁴. Erste Sofortmaßnahmen werden diskutiert: **Rückerstattung pandemiebedingter Kosten** (über 5 Mrd. €) aus dem Bundeshaushalt und Übernahme der **Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige** (ca. 4 Mrd. €) durch den Bund könnten der Kasse insgesamt **bis zu 10 Mrd. €** verschaffen ³⁵ ³⁶. Diese Finanzspritzen wären jedoch nur eine **Atempause**. „Die kurzfristige Stabilisierung der Finanzen reicht nicht aus. *Wir brauchen eine nachhaltige Strukturreform*“, mahnt **DAK-Chef Storm** ³⁷. **Ein ähnlich dringender Appell kommt vom GKV-Spitzenverband: Die Politik müsse rasch handeln, um eine Abwärtsspirale** zu verhindern** ².

Prognose bis 2030: Wohin steuert die Pflegeversicherung ohne Reform?

Wie entwickelt sich die finanzielle Lage, wenn keine umfassenden Reformen greifen? Die mittelfristige Prognose zeichnet – **ohne Kurskorrektur** – ein besorgniserregendes Bild. Mehrere unabhängige Berechnungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die **Beitragssätze bis 2030 deutlich steigen** müssten, um die Finanzierungslücken zu schließen. Schon jetzt ist der Beitragssatz seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 von 1,7 % auf 3,6 % mehr als verdoppelt worden. Doch damit nicht genug: Diverse Projektionen sehen einen weiteren steilen Anstieg. So ergab eine Hochrechnung des PKV-Forschungsinstituts WIP, dass **ohne Reformen bis 2030 ein Beitragssatz für Kinderlose von rund 5,9 % erforderlich** wäre, sollte sich der Trend der letzten 20 Jahre einfach fortschreiben ³². Bis 2040 würde sich der Beitragssatz im status-quo-Szenario sogar **mehr als verdoppeln** (auf über 8 %) ³⁸. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim BMWK erwartet langfristig eine drastische Belastung: selbst ohne zusätzliche Leistungsverbesserungen dürfte der Pflegebeitrag von heute gut 3 % bis 2040 auf über **5 %** steigen ³⁹. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass gleichzeitig **Renten- und Krankenversicherung** ebenfalls wegen der Alterung teurer werden, droht die Summe aller Sozialbeiträge in den kommenden zwei Jahrzehnten auf **über 50 % des Lohns** anzuwachsen ²³. Eine derart hohe Abgabenquote wäre volkswirtschaftlich problematisch und könnte die Bereitschaft der jüngeren Bevölkerung, das Umlagesystem mitzutragen, massiv untergraben ²³.

Konkret deutet sich schon bis **2030** eine erhebliche **Finanzierungslücke** an. Offizielle Modellrechnungen für die Bundesregierung zeigen, dass selbst ohne Leistungsausweitungen ein dauerhaft steigendes Defizit droht. Der Wissenschaftliche Beirat des Gesundheitsministeriums errechnete in einer IGES-Studie einen zusätzlichen Finanzbedarf von rund **0,3 Beitragssatzpunkten je 5 Jahre**, allein um das heutige Leistungsniveau zu halten (bei moderaten Annahmen). Das bedeutet: Was 2025 noch mit 3,6 % abgedeckt werden kann, würde 2030 bereits etwa **4,0–4,5 %** an Beitrag erfordern (je nach Kostenentwicklung). Im ungünstigen Fall – falls die Ausgaben stärker steigen als optimistisch unterstellt – könnte die Lücke bis 2030 auch **~1 Beitragssatzpunkt** betragen ⁴⁰. Dann klafften jedes Jahr rund **20 Mrd. €** im Pflegebudget ⁴¹, die entweder durch Beitragserhöhungen, Steuerzuschüsse oder Leistungskürzungen aufgebracht werden müssten. Schon 2026 dürften ohne Änderungen über **3 Mrd. €** fehlen ⁴². Bis **2030** würde sich das Defizit weiter auftürmen – rechnerisch möglicherweise jenseits **5 Mrd. € pro Jahr**, wenn man heutige Trends fortschreibt. Eine derartige Entwicklung würde den verbliebenen Reservefonds vollständig aufzehren und kontinuierliche Nachschüsse nötig machen.

Neben den steigenden **Beitragssätzen** ist die **Ausgabenentwicklung je Pflegebedürftigem** ein entscheidender Faktor der Prognose. Wie oben beschrieben, erhöhen Inflation und Fachkräfteoffensive die Kosten pro Leistungsempfänger beträchtlich. Experten gehen davon aus, dass die **Ausgaben pro Pflegefall** bis 2030 jedes Jahr real wachsen – mindestens im Takt der Löhne im Pflegebereich (die ihrerseits stärker steigen als die Durchschnittslöhne). So ist zu erwarten, dass ein Pflegebedürftiger im Jahr 2030 die Kasse im Schnitt deutlich mehr kostet als heute. Steigende Pflegegrade (höherer Anteil Schwerstpflegebedürftiger) könnten diesen Trend verstärken. Während 2023 rechnerisch etwa **11.300 €** pro Jahr und Pflegebedürftigem in der SPV ausgegeben wurden (Durchschnitt aller ambulanten und stationären Leistungen), dürfte dieser Betrag 2030 inflationsbereinigt merklich höher liegen. Schon kleine prozentuale Steigerungen summieren sich angesichts von dann fast 6 Millionen Leistungsempfängern zu Milliardenbeträgen.

Demografisch wird das Jahr 2030 ein **Übergangsjahr**: Die Nachkriegsgeneration ist dann hochaltrig (80 plus) und stellt den Großteil der Pflegefälle; die Babyboomer (geboren 1955–1969) hingegen erreichen gerade das Rentenalter von 65–75 Jahren, werden also erst in den Folgejahren in großer Zahl pflegebedürftig. Doch auch bis 2030 steigt die Zahl der Hochbetagten weiter an – z.B. durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1940er, die dann über 85 sein werden. **Rund 5,7–6 Mio. Pflegebedürftige** sind bis 2030 realistisch ⁴³ ²¹. Gleichzeitig tritt eine vergleichsweise **schwache Nachfolgeneration** ins Erwerbsleben ein (geburtenschwache 2000er Jahre). Dieses Ungleichgewicht macht **zusätzliche Finanzierungsquellen** wahrscheinlich, denn allein aus Beiträgen der schrumpfenden Beschäftigtenbasis wird die Pflegeversicherung kaum zu stabilisieren sein. Ohne Reform wäre die Politik gezwungen, entweder in kurzen Abständen die Beiträge immer weiter zu erhöhen **oder** massive Bundeszuschüsse bereitzustellen – andernfalls drohen Leistungseinschränkungen.

Reformperspektiven: Zwischen Mehrbelastung und Leistungskürzung

Bleiben grundlegende Reformen aus, zeichnet sich ein **Dilemma** ab: Entweder die **Beitragszahler** – Arbeitnehmer und Arbeitgeber – werden in den kommenden Jahren noch stärker belastet, oder die **Leistungsberechtigten** müssen Abstriche bei der Versorgung hinnehmen. **Leistungskürzungen** stehen bisher zwar nicht auf der politischen Agenda, doch angesichts der Finanznot werden sie bereits offen diskutiert. Die Wirtschaftsweisen Veronika Grimm plädierte jüngst dafür, bei den Pflegeleistungen „**Einschnitte**“ vorzunehmen ⁴⁴. Dahinter steht die Überlegung, das Leistungspaket der SPV zu **beschränken**, um Kosten zu reduzieren – etwa indem Anpassungen der Geldleistungen an die Inflation

verzögert oder gewisse Zusatzleistungen gekürzt werden. Ein radikaler Vorschlag ist die **Vollversicherung** (Übernahme aller Pflegekosten durch die Kasse) ausdrücklich *nicht* umzusetzen, sondern im Gegenteil den privaten Eigenanteil eher höher zu lassen. Dies würde freilich der ursprünglichen Intention der letzten Reformen (Entlastung der Pflegebedürftigen) widersprechen und wäre sozialpolitisch umstritten. Gleichwohl zeigt die Diskussion, wie ernst die Lage eingeschätzt wird: Selbst renommierten Experten gilt ein „Weiter so“ als nicht tragfähig ⁴⁵.

Auf der anderen Seite stehen **zusätzliche Belastungen für Beitrags- und Steuerzahler** im Raum. Ohne strukturellen Wandel bliebe der **einfachste Ausweg**, regelmäßig den **Beitragssatz anzuheben**, um die Kassenbilanz auszugleichen. Dies käme faktisch einer kontinuierlichen Mehrbelastung aller Lohn- und Einkommenbezieher gleich. Schon heute zahlen Beschäftigte mit Kindern 1,8 % und Kinderlose 2,4 % ihres Bruttolohns allein für die Pflegeversicherung (Arbeitgeber übernehmen den Rest) ⁴⁶ ⁸. Bis 2030 könnten diese Werte – konservativ geschätzt – auf etwa 2,5 % (mit Kind) bzw. über 3 % (kinderlos) steigen, sofern keine alternativen Finanzierungsquellen erschlossen werden. Für Rentner würde dies ebenso gelten, da sie den vollen Pflegebeitrag aus ihrer Rente aufbringen müssen. Eine **andere Option** wäre, vermehrt **Steuermittel** einzusetzen. Ein Bundeszuschuss könnte aus allgemeinen Steuern (also letztlich von allen Bürgern) die Lücke mitfinanzieren. Einige Ökonomen und Institutionen befürworten dies, um die Last breiter zu verteilen: Der **Wissenschaftliche Beirat des BMF** hatte bereits 2022 angeregt, einen steuerfinanzierten Bundeszuschuss einzuführen und den bestehenden Pflegevorsorgefonds auszubauen, um künftige Beitragssteigerungen zu dämpfen ⁴⁷ ⁴⁸. Ein erster Schritt in diese Richtung ist getan – 2022 floss einmalig Bundesgeld in Form eines Darlehens. Doch regelmäßig wiederkehrende Zuschüsse in Milliardenhöhe werfen Fragen der **Generationengerechtigkeit** auf (Schuldenlast für kommende Generationen, Quersubventionierung aus allgemeinen Steuern) und konkurrieren mit anderen Haushaltsposten.

Angesichts dieser Zielkonflikte wird verstärkt über **grundlegende Reformansätze** diskutiert, die bis 2030 greifen könnten. Aus **bürgerlich-konservativer, marktliberaler Sicht** steht dabei insbesondere eine *Stärkung der Eigenvorsorge* und *Kapitaldeckung* im Fokus. Der **PKV-Verband** und viele Wirtschaftsexperten verweisen darauf, dass die private Pflegeversicherung bereits vorgesorgt hat: Die Privatversicherten haben in ihren Rückstellungen eine **Demografie-Reserve von 47 Mrd. €** angespart ⁴⁹. Um eine Überforderung der Sozialkassen durch die Babyboomer zu vermeiden, schlagen sie vor, auch in der SPV **kapitalgedeckte Elemente** einzuführen ⁵⁰. Konkret befürwortet der Wissenschaftliche Beirat beim BMWK eine **verpflichtende Pflegezusatzversicherung** für alle ⁵¹. Jede Generation soll damit verstärkt für die eigenen künftigen Pflegekosten vorsorgen. Die heute 50- bis 60-Jährigen – so die Argumentation – hätten noch Zeit, bis ins hohe Alter ein finanzielles Polster aufzubauen ⁵². Durch einen breit streuenden, obligatorischen **Kapitalstock** ließen sich die hohen individuellen Pflegerisiken im Alter auf viele Schultern verteilen, ohne das Umlagesystem allein weiter aufzublähen ⁵². Marktliberale Stimmen empfehlen, diese privaten oder betrieblichen Vorsorgelösungen politisch zu fördern, etwa durch Steuer- und Abgabefreiheit für eingezahlte Beiträge ⁵⁰. Auf diese Weise könnte langfristig die doppelte Buchführung eingeführt werden: ein Solidarsystem für den Grundbedarf, ergänzt um kapitalgedeckte Vorsorge für darüberhinausgehende Pflegeleistungen.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass **kurz- bis mittelfristig** auch innerhalb des bestehenden Systems Effizienzreserven gehoben werden könnten. Kritiker monieren z.B., die Länder kämen ihrer Pflicht zur Finanzierung von Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen nicht ausreichend nach – müssten sie dies tun, ließen sich Pflegebedürftige sofort um durchschnittlich **477 € pro Monat** entlasten ⁵³. Auch eine bessere **Koordination von Pflege und Medizin**, der Abbau von Bürokratie und gezielte **Prävention** (Vermeidung von Pflegebedürftigkeit) könnten die Kosten dämpfen. Solche Maßnahmen allein werden den absehbaren **Finanzdruck** aber nicht auffangen können. Ohne substanzielle Reform bleibt der Pflegeversicherung bis 2030 nur die Wahl zwischen **höheren Beiträgen**

und **geringerer Leistungstiefe** – vermutlich sogar beides in gewissem Maße. Denn die Umlage gerät an ihre Grenzen: Steigende Löhne, steigende Preise, immer mehr Hochaltrige und ambitionierte Versorgungsstandards sind in der jetzigen Form nicht dauerhaft finanzierbar, ohne die junge Generation zu überlasten.

Fazit: Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Die Analyse zeigt, dass die finanzielle Lage der gesetzlichen Pflegeversicherung bereits **heute prekär** ist und sich ohne Umsteuerung bis 2030 weiter verschärfen dürfte. **Defizite, Reserveverzehr und steigende Beitragssätze** kennzeichnen das aktuelle Bild ⁴² ⁷. Haupttreiber sind der **demografische Wandel** – immer mehr Pflegebedürftige stehen immer weniger Zahlern gegenüber – und die **Kostensteigerungen** durch Inflation, höhere Löhne und Leistungsverbesserungen ¹¹ ²⁵. Die Prognose ohne Reform ist entsprechend düster: Bereits in wenigen Jahren öffnen sich Finanzierungslücken, die mit den bisherigen Mechanismen kaum zu schließen sind. Beitragserhöhungen im bisherigen Takt (alle 1–2 Jahre um 0,2–0,3 Punkte) wären nur ein **Hinterherhecheln**, das langfristig zu sehr hohen Abgabenquoten führt ³². Zugleich steigt der Druck, Leistungen entweder einzuschränken oder verstärkt durch Steuern zu alimentieren – beides politisch heikle Wege.

Die kommenden Jahre bis 2030 werden somit **entscheidend** dafür sein, ob die Pflegeversicherung finanziell auf solidere Füße gestellt wird. Die **neue Bundesregierung** steht vor der Aufgabe, Konzepte für eine generationengerechte und robuste Finanzierung zu entwickeln. Konsensorientierte Lösungen könnten einen **Mix aus Maßnahmen** beinhalten: einerseits **moderate Beitragserhöhungen** und **Steuerzuschüsse**, um akute Löcher zu stopfen, andererseits aber eben auch **Strukturreformen**, die das System zukunftsfest machen. Letzteres kann heißen, zusätzliche kapitalgedeckte Elemente einzuführen ⁵¹, den bestehenden Pflegevorsorgefonds massiv aufzustocken ⁴⁷ oder auch versicherungsfremde Leistungen (wie die Rentenbeiträge für Pflegenden) konsequent aus Steuern zu finanzieren ³⁵. Nicht zuletzt ist eine **Ehrlichkeit in der Leistungs politik** nötig: Weitere Leistungsversprechen ohne Gegenfinanzierung würden die Kostenlawine beschleunigen ³³. **Marktliberale** Stimmen mahnen, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt, wenn die Lohnnebenkosten immer weiter steigen ⁴⁵. **Konservative** Perspektiven betonen zudem die Verantwortung jedes Einzelnen und der Familien: Die Umlage kann nur funktionieren, wenn genügend Kinder geboren und ausgebildet werden – dies spiegelt sich bereits in der Differenzierung der Beiträge nach Kinderzahl wider.

In Summe ist die finanzielle Schieflage der Pflegeversicherung ein **absehbares Ergebnis langfristiger Trends**, das nun akuten Handlungsbedarf erzeugt. Ohne kräftiges gegensteuern dürften bis 2030 deutlich höhere Beiträge fällig werden und gleichwohl Milliardenlöcher klaffen. Die **bürgerlich-konservative Lösung** läge in solidem Haushalten, Eigenvorsorge und dem Verzicht auf unbezahlbare Leistungsversprechen. Die **soziale Herausforderung** bleibt jedoch: Pflege muss für alle Bedürftigen gesichert und bezahlbar bleiben. Hier den richtigen Ausgleich zu finden – zwischen Solidarität und individueller Vorsorge, zwischen heutigem Bedarf und Zukunftslasten – wird eine der größten sozialpolitischen Aufgaben der kommenden Jahre sein. Klar ist schon jetzt: „**Ein ‚Weiter so‘ wird es nicht geben können**“ ⁵⁴, wenn die Pflegeversicherung auch 2030 noch auf einem tragfähigen Fundament stehen soll.

Quellen: Bundesgesundheitsministerium (BMG) – *Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung*, GKV-Spitzenverband – *Pressemitteilungen zur Finanzlage*, AOK-Bundesverband (G+G) – *Berichte zur Pflegesituation*, Statistisches Bundesamt – *Pflegevorausberechnung*, Wissenschaftlicher Beirat beim BMWK – *Gutachten „Nachhaltige Finanzierung von Pflegeleistungen“*, PKV-Verband / WIP – *Studien und*

1 4 10 34 35 37 42 44 **Pflegeversicherung: Defizit könnte sich 2026 verdoppeln | G+G**

<https://www.aok.de/pp/gg/update/finanzen-pflegeversicherung/>

2 3 15 36 **Der Pflege steht das Wasser bis zum Hals. Und der Pegel steigt. - GKV-Spitzenverband**

https://www.gkv-spitzenverband.de/gkv_spitzenverband/presse/pressemitteilungen_und_statements/pressemitteilung_1999322.jsp

5 6 11 29 30 31 32 33 38 45 50 54 **Pflegeversicherung: Beiträge könnten sich bis 2040 verdoppeln - Politik - Versicherungsbote.de**

<https://www.versicherungsbote.de/id/4914388/Pflegeversicherung-Beitrage-konnten-sich-bis-2040-verdoppeln/>

7 8 9 46 **Pflegeversicherungsbeitrag 2025 - Beitragszuschlag 2025 | Sozialwesen | Haufe**

https://www.haufe.de/sozialwesen/versicherungen-beitraege/pflegeversicherungsbeitrag-2019_240_455110.html

12 13 14 18 **Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung**

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Zahlen_und_Fakten/Zahlen-Fakten_Pflegeversicherung.pdf

16 17 23 39 52 **Pflegereform: Beirat im Wirtschaftsministerium empfiehlt kapitalgedeckte Vorsorge**

<https://www.pkv.de/verband/presse/meldungen/pflegereform-beirat-im-wirtschaftsministerium-empfeht-kapitalgedeckte-vorsorge/>

19 20 43 49 51 **Mehr Pflegebedürftige**

<https://www.pkv.de/verband/presse/meldungen/zahl-der-pflegebeduerftigen-steigt-noch-staerker-als-bisher-prognostiziert/>

21 22 **Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2070 deutlich an - Statistisches Bundesamt**

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/aktuell-vorausberechnung-pflegebeduerftige.html>

24 25 26 27 28 53 **Finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen steigt kontinuierlich**

<https://www.vdek.com/presse/pressemitteilungen/2023/pflegeheim-finanzielle-belastung-steigt-kontinuierlich.html>

40 41 **expertenratpflege.de**

https://www.expertenratpflege.de/w/files/downloads/stellungnahme_zum_pflege-zukunftsbericht_der_bundesregierung.pdf

47 48 **Wie die Pflegeversicherung generationengerechter finanziert werden kann**

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/november/wie-die-pflegeversicherung-generationengerechter-finanziert-werden-kann>